

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 836846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Heidmarie Wieczorek-Zeul
MdB zur Kinkel-Ankündigung
eines Spitzengespräches über
die künftige Rolle der Bun-
deswehr und der Notwendig-
keit einer breiten öffentlichen
Debatte: Nicht wieder in die
Defensive drängen lassen!

Seite 1

Wolfgang Roth MdB zum Er-
fordernis eines neuen wirt-
schaftspolitischen Konzeptes:
Die Krise erzwingt den Kons-
sens.

Seite 3

Horst Kubatschka MdB zur
Weigerung der Bundesregie-
rung, auf die Teppich-Herstel-
lung einzuwirken: Kaltschnäu-
ziger Umgang mit Kinderskla-
verei.

Seite 5

Dokumentation

Hans Eichel, Hessischer Mini-
sterpräsident, verband bei ei-
ner Ausstellungs-Eröffnung in
Kassel die Erinnerung an
Walter Benjamin mit der Mah-
nung, die Demokratie zu ver-
teidigen. Wortlaut seiner Rede

Seite 6

48. Jahrgang / 2

5. Januar 1993

Nicht wieder in die Defensive drängen lassen!
Zur Kinkel-Ankündigung eines Spitzengespräches über die
künftige Rolle der Bundeswehr und der Notwendigkeit einer
breiten öffentlichen Debatte

Von Heidmarie Wieczorek-Zeul MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

Angeblich soll es zu Beginn dieses Jahres zu "Spitzengesprächen" zwischen den Regierungsparteien CDU/CSU, FDP und der SPD im Deutschen Bundestag kommen, so hatte Außenminister Kinkel angekündigt. Von derartigen "Spitzengesprächen" zwischen Fraktionen beziehungsweise Parteien wird bei so weit auseinanderliegenden Positionen schon zum Beispiel von CDU/CSU und FDP einerseits kein wirklicher gesellschaftlicher Konsens über die zukünftige Rolle der Bundeswehr ausgehen. Bleiben Gespräche aber "ergebnislos", so sind danach nur die bekannten Rituale der "Schuldzuweisungen" zu erwarten. Ich halte deshalb wenig davon, wenn die SPD sich an solchen Gesprächen beteiligt.

Die SPD-Führung sollte jedenfalls gewarnt sein, sich bei der Bundeswehr-Frage nicht in die gleiche Defensive wie in der Debatte zu Asyl und Zuwanderung durch CDU/CSU drängen zu lassen. Ich möchte vielmehr die SPD und die Parteien in der Bundesrepublik ermutigen, eine offene und öffentliche breite gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Diskussion zu suchen und zu organisieren zur Frage, welche Aufgaben und Funktionen die Bundeswehr zukünftig ausfüllen soll. Die SPD hat dazu auf ihrem Parteitag einen entsprechenden Beschluß gefaßt.

An dieser Diskussion sollten die Organisationen und Verbände der Friedensbewegung genauso beteiligt sein wie Wehrpflichtige und Soldaten und ihre Interessenvertretungen, ebenso wie die Wissenschaft und Friedensforschungsinstitutionen. Die bisherige Schuldzuweisungsdebatte zwischen den Parteien leidet vor allem darunter, daß diejenigen, die die Bundeswehr weltweit militärisch einsetzen wollen, immer den Versuch unternehmen, die Aufgaben der Bundeswehr von außen und durch andere zu definieren. Wobei die eigenen Ziele aber gar nicht offengelegt werden.

Es ist zum Beispiel nur noch peinlich zu nennen, daß die Bundesregierung offensichtlich aus rein innenpolitischen, ja geradezu innerparteilichen Gründen (Schwarz-Schilling Vorwürfe) die Entsendung von Soldaten zu Somalia-Aktionen beschloß, obwohl unter dem 22. Dezember 1992 Butros Ghali keine deutschen Soldaten, sondern ein Bundeswehr-Lazarett erbeten hatte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kleinformatiger Umweltschutz
mit wertvollsten Rohstoffen
Recycling-Papier



Welche Bundeswehr aber will die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland? Mit welchen Konsequenzen? Zu welchen Kosten? Diese Diskussion muß noch - ohne jede Taktik - geführt werden. Sie müßte in der Gesellschaft genauso gesucht werden, wie in den parlamentarischen Institutionen: Zum Beispiel in der Verfassungskommission, die öffentlich tagt. Auf jeden Fall aber nicht hinter verschlossenen Türen der Fraktionführungen. Wenn sie zur Sache und derart öffentlich unter Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen geführt wird, kann sich am Ende vielleicht ein wirklicher gesellschaftlicher Konsens ergeben. In dieser öffentlichen Debatte müssen auch die Gruppen der Friedensbewegung, die für "humanitäre Interventionen" zum Beispiel bei Völkermord oder bei gravierenden Menschenrechtsverletzungen eintreten, zu Wort kommen. Ihre Debatte erfolgt bis jetzt nur in der alternativen "taz".

Diese Diskussion würde der Bundeswehr keine einzige humanitäre Hilfsaktion verbieten, wohl aber die schleichende Uminterpretation ihres Auftrages.

Die breite gesellschaftliche Debatte in der Bundesrepublik müßte dabei auch die Frage der Bewertung der bestehenden Verteidigungsorganisationen, der NATO beziehungsweise neuer Formen kollektiver Sicherheit beinhalten. Sowenig es akzeptabel ist, daß die Rolle der Bundeswehr schleichend geändert werden soll, so wenig ist es akzeptabel, daß die NATO schleichend in eine völlig andere Funktion, weg von der Verteidigung der dem Bündnis angehörenden Staaten, unter der Hand umdefiniert wird. So kann zum Beispiel der UNO-Sicherheitsrat nicht die NATO als Organisation zu militärischem Eingreifen etwa im ehemaligen Jugoslawien mit einem Mandat versehen. Ein solches Mandat könnte die UNO nur einer ihrer Unterorganisationen, zum Beispiel der KSZE geben, nicht aber einer Organisation, die nach ihren Statuten eine reine Verteidigungsorganisation ist. Der UNO-Sicherheitsrat kann dies auch nicht durch ein anderes Mandat aushebeln. Der UNO-Sicherheitsrat kann allerdings die NATO-Mitgliedsstaaten auffordern beziehungsweise autorisieren, entsprechend autorisieren, entsprechend tätig zu werden. Alles andere wäre, unabhängig von der sachlichen Notwendigkeit, eine Neudefinition der NATO, bei der sie militärische Zwangsmaßnahmen zu anderen Zwecken als denen der Verteidigung unternehmen würde. Ist aber die NATO einmal derart umfunktioniert, so ist die künftige Grenze ihrer Aufgaben?

Eine Klärung dieser Frage ist vor allem für Deutschland wichtig. Denn, wenn die NATO in ihren Aufgaben geändert wird, so erfolgt dabei auch faktisch eine Änderung der Bundeswehreinsätze - weg von Verteidigung - auf die die Bundeswehr vom Grundgesetz festgelegt ist. Wer sich dann derartigen Einsätzen entgegenstellt und damit dem deutschen Grundgesetz Rechnung trägt, dem wird mit dem Vorwurf geantwortet: Wir können doch nicht abdrehen, wenn alle anderen marschieren!

Kein anderes NATO-Mitgliedsland steht vor einer derartigen Problematik für seine Streitkräfte, wenn die NATO-Funktion entsprechend verändert wird. Ich bin dafür, daß die SPD diese Problematik offen diskutiert und nicht defensiv auf schleichende Entwicklungen und die Zielsetzung von CDU/CSU; die Bundeswehr weltweit zu allen militärischen Zwecken einzusetzen, reagiert.

(-/5. Januar 1993/rs/ks)

Die Krise erzwingt den Konsens
Zum Erfordernis eines neuen wirtschaftspolitischen Konzeptes

Von Wolfgang Roth MdB
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Neue Ideen und viel mehr Phantasie müssen die zukünftige Wirtschaftspolitik in Deutschland prägen. Gelegenheit dazu erhält, wenn auch etwas unerhofft, Bundeskanzler Kohl. Er hat es jetzt in der Hand, durch die Nachbesetzung des Amtes des Bundeswirtschaftsministers, dafür den Weg freizumachen. Voraussetzung dafür ist, daß ein ausgewiesener Fachmann von außen auf den Stuhl des Wirtschaftsministers berufen wird. Einen Möllemann durch einen neuen Lückenbüßer aus der FDP zu ersetzen, bedeutet keinen Neuanfang.

1. Bisherige Wirtschaftspolitik am Ende

Ein Neuanfang ist bitter nötig. Nach drei Jahren Einheit ist allen deutlich: Die Regierung Kohl ist mit ihrem Konzept des "weiter so" gescheitert. Der Aufbau Ost hat sich als Kahlschlag der Industrie entpuppt.

Der Westen steckt in einem sich selbst verstärkenden Abwärtstrend. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in ganz Deutschland hat gelitten. Die Daten aus der Wirtschaft bestätigen dieses düstere Szenario. Im Osten sind rund 70 Prozent der Industrie verschwunden.

Die Bundesrepublik ist zwar immer noch das wirtschaftsstärkste Land in Europa mit den am besten qualifizierten Arbeitskräften. Insgesamt aber geht es der Wirtschaft im Westen schlecht. Die Stimmung ist im Keller. Allein die Autobranche rechnet mit einem Produktionseinbruch bis zu neun Prozent in diesem Jahr. Die Arbeitslosenzahlen steigen, nicht nur konjunkturell bedingt, sondern auch wegen der strukturellen Umbrüche. Ein Stellenabbau von rund einer halben Million erscheint wahrscheinlich. Der weltweite Wettbewerb wird immer härter. Deutsche Produkte verkaufen sich nicht mehr von allein. Die bisherige Wirtschaftspolitik der Regierung Kohl ist mit ihren Instrumenten am Ende.

2. Umbruch als Chance nutzen

Eine wirtschaftliche Situation, wie sie sich heute in Deutschland darstellt, birgt neben großen Gefahren eine noch größere Chance. Die Chance liegt darin, daß die krisenhafte Entwicklung einen neuen Konsens aller am wirtschaftlichen Geschehen Beteiligten aus Politik, Unternehmen und Gewerkschaften, kurz der ganzen Nation, erzwingt. Dieser Konsens muß sich darauf erstrecken, daß die Chancen der Zukunft zum Vorteil aller Beteiligten genutzt werden. Dieser Konsens ist durch die Politik zu organisieren. Dabei kann es aber nicht angehen, daß ein Beteiligter Vorteile auf Kosten eines anderen zieht. Die Idee eines Solidarpaktes ist der richtige Ansatz. Er kann aber nur Erfolg haben, wenn die Lasten, soweit sie unumgänglich sind, sozial vertretbar und der spätere Erfolg anteilig der getragenen Lasten ausgewogen verteilt wird. Das war die Idee der sozialen Symmetrie, die von der SPD mit Karl Schiller entwickelt worden ist und zum Markenzeichen Deutschlands wurde. Hier muß das Prinzip Rechnung tragen, daß starke Schultern mehr tragen können als Schwache. Dabei nur an eine Streichliste von Sozialleistungen in Höhe von rund 20 Milliarden DM zu denken, ist falsch. Wer dem Wirtschaftskreislauf Kaufkraft in dieser Höhe entzieht, würgt den letzten Rest von Konjunktur ab. Mit Streichen allein ist es also nicht getan, es muß mehr sein.

3. Konsens aller Beteiligten ermöglichen

Notwendig ist es, der Wirtschaft Spielräume für neue Investitionen in neue Produkte und Märkte zu eröffnen. Das beste Mittel dafür ist, daß die Zinsen sinken. Das bedeutet, daß die Bundesregierung dafür die Voraussetzungen schaffen muß. Der Bundeshaushalt ist mittelfristig auf den Weg zur Konsolidierung zu bringen. Durch Rückkehr zu einer soliden Finanzpolitik kann die Bundesbank die Zinsbremse lockern. Im Haushalt selber sind konsumtive Ausgaben zu verringern, Investitionen sind zu bevorzugen.

Die Treuhandanstalt hat eine aktive Sanierungsphase bei den ihr verbliebenen Unternehmen einzuleiten. Statt Arbeitslosengeld, das nur konsumtiv ist, zu zahlen, sind Investitionen zu finanzieren. Auch in der Steuerpolitik kann die Bundesregierung Signale setzen. Wenn sie auf die Tarifsenkung für gewerbliche Einkünfte verzichtet und dafür Investitionen in den Unternehmen begünstigt. Weiter muß die Bundesregierung die Voraussetzung für eine Beteiligung am Produktivvermögen durch Arbeitnehmer offensiv ausgestalten. Denn wer von den Gewerkschaften als Regierung und Unternehmer Zurückhaltung bei den Lohnforderungen erwartet, muß über solche Möglichkeiten ernsthaft nachdenken. Damit würde ein Verzicht auf Lohn durch die spätere Beteiligung am Gewinn ausgeglichen.

4. Neuorganisation der Wirtschaftspolitik

Die Verantwortlichkeit der Ministerien im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik wie auch der Forschungs- und Technologiepolitik ist mit den aktuellen Herausforderungen nicht mehr in Einklang zu bringen.

Das Finanzministerium ist überladen, es wird den wirtschaftspolitischen Aufgaben beispielsweise im Treuhandbereich - Aufbau einer Industriestruktur Ost - nicht gerecht. Das Wirtschaftsministerium ist formal zwar für den Aufbau Ost verantwortlich, ihm fehlen aber die Instrumente - vor allem die Zuständigkeit für die Anschlußregelung für die Treuhand.

Das Wirtschaftsministerium ist vor allem für Subventionen für Traditionsindustrien zuständig: Kohle, Stahl, Schiffbau. Die Modernisierungspolitik liegt im Forschungs- und Technologieministerium. Das führt zu einer rückwärtsorientierten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

Deshalb ist eine Neuorganisation der Wirtschafts-, Industrie- und Finanzpolitik notwendig. Die Treuhandpolitik und die innovative Strukturpolitik muß im Bundeswirtschaftsministerium gebündelt werden. Das Finanzministerium muß sich auf Steuer-, Haushalts- und Währungspolitik konzentrieren. Das Ministerium für Forschung und Technologie muß aufgelöst werden. Die wirtschaftsnahen Abteilungen gehen in das Bundeswirtschaftsministerium über. Die Grundlagenforschung wird mit dem Bildungsministerium vereinigt.

Dadurch wird das Bundeswirtschaftsministerium zu einer Institution der marktwirtschaftlichen Industriepolitik sowohl für den Westen, wie für den Osten Deutschlands. Wer heute eine marktwirtschaftliche Industriepolitik ablehnt, wird morgen zu einer strukturkonservierenden Politik, wie beispielsweise der Kohle- und Wertpolitik, gezwungen. Die FDP war bisher der Garant der strukturpolitischen Untätigkeit. Sie war mit ihren Ministern hauptverantwortlich für die Entindustrialisierung im Osten und die Labilität im Westen. Deshalb ist es unerträglich, wenn die FDP das Bundeswirtschaftsministerium als Erbhof betrachtet.

5. Unorthodoxe Maßnahmen sind gefragt

Eine neue Wirtschaftspolitik kann nur Erfolg haben, wenn Ideen und Phantasie der Beteiligten einen ausufernden Verteilungskampf verhindern und einen Konsens für die Zukunft hervorbringen. Unorthodoxe Maßnahmen müssen angedacht und ergriffen werden. Jetzt!

(-/5. Januar 1993/rs/ks)

Kaltschnäuziger Umgang mit Kindersklaverei
Zur Weigerung der Bundesregierung, auf die Teppich-Herstellung einzuwirken

Von Horst Kubatschka MdB

Als empörend und völlig unverständlich empfinde ich das Desinteresse an der Bekämpfung von Kindersklaverei. Ich hatte die Regierung aufgefordert, eine von Hilfsorganisationen gestartete Initiative zur Einführung eines besonderen Gütesiegels für Teppiche zu unterstützen, das sicherstellt, daß sie ohne Einsatz von Kinderarbeit hergestellt wurden. In vier lapidaren Sätzen hat die Bundesregierung für Kampagne der Kinderhilfsorganisation "terre des hommes" und "Brot für die Welt" regelrecht abgekanzelt.

In ihrer Antwort doziert die Bundesregierung, daß sich der Begriff "Gütesiegel" üblicherweise auf die Qualität eines Produktes beziehe und weniger auf die Art seiner Herstellung. Abgesehen davon sei sie nicht davon überzeugt, daß die Markierung von Teppichen der beschriebenen Art einen effektiven Beitrag zur Beseitigung von Kinderarbeit leisten könnte. Andererseits wäre ihrer Meinung nach nichts dagegen einzuwenden, wenn von privater Seite eine Kennzeichnung organisiert würde.

Auf diese kaltschnäuzige Weise wird die Bundesregierung ihrer moralischen Verantwortung nicht gerecht. Es reicht nicht aus, nur auf private Initiativen zu verweisen, ohne sich auch nur ideell zu unterstützen.

Teppiche aus Indien, Pakistan oder Nepal sind für "Dritte-Welt-Länder" ein wichtiger Devisenbringer. Die Bundesrepublik importiert jährlich Orientteppiche im Wert von 1,2 Milliarden Mark. Nach neueren Schätzungen arbeiten 150.000 Kinder unter 14 Jahren unter unmenschlichen Verhältnissen an der Herstellung von Teppichen. Bei kaum einem der heute im Handel erhältlichen Knüppteppiche kann ausgeschlossen werden, daß Kinder, die manchmal nur fünf Jahre alt sind, beim Knoten der hunderttausend kleinen Fäden geschunden wurden. Deshalb muß ein Gütesiegel für Teppiche, die garantiert ohne den Einsatz von Kinderarbeit hergestellt wurden, so schnell wie möglich eingeführt werden.

Die betroffenen Kinder leben in Schuldknechtschaft, einer modernen Form der Sklaverei. Sie sind an den Webstuhl gekettet und werden von ihren Aufsehern mit Eisenstäben brutal geschlagen. Sie dürfen keine Schule besuchen und sind schweren Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt, die letztlich das Leben der Kinder um zehn bis zwölf Jahre verkürzen.

Die Haltung der Bundesregierung zu dieser furchtbaren und menschenverachtenden Praxis in Ländern wie Indien, Nepal oder Pakistan ist herzlos. Appelle an den Handel, Teppiche aus Kinderarbeit nicht zu verkaufen, reichen nicht aus. Auch für viele Händler ist die Herkunft und die Herstellung nicht immer vollständig durchschaubar. Kontrollen vor Ort sind daher der einzige Weg, dies sicher festzustellen. Dann können die Verbraucherinnen und Verbraucher vom Kauf solcher Teppiche in Zukunft Abstand nehmen. Wir müssen die Entwicklungsländer beim Aufbau und der Durchführung eines verlässlichen Kontrollsystems vor Ort finanziell unterstützen - sonst werden diese Kinder auch weiterhin grausam um ihre Kindheit und auch um ihre Zukunft betrogen.

Immerhin hat die Bundesregierung klargestellt, daß juristische Hürden für die Einführung eines solchen Zeichens nicht bestehen. Es muß demnach lediglich gehandelt werden.

Teppiche aus Indien, Pakistan oder Nepal sind für sogenannte "Dritte-Welt-Länder" ein wichtiger Devisenbringer. Die Bundesrepublik importiert jährlich Orientteppiche im Wert von 1,2 Milliarden Mark.

(-/5. Januar 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION**Hans Eichel: Walter Benjamin verpflichtet**

Der hessische Ministerpräsident Hans Eichel eröffnete vor kurzem in Kassel die Ausstellung "Grenzüberschreitungen. Walter Benjamin - Leben und Werk". Wir veröffentlichen die Rede, in der Eichel die Verpflichtung zur Verteidigung der Demokratie aus dem Opfer der Nazi-Gegner ableitet, im Wortlaut.

In seinem Gedicht "zum Freitod des Flüchtlings Walter Benjamin" schreibt Bertolt Brecht: "Zuletzt an eine unüberschreitbare Grenze getrieben/Hast du, heißt es, eine überschreitbare überschritten." Das Gedicht, aus dem diese beiden Zeilen stammen, ist mehr als eine letzte Würdigung Walter Benjamins, des "Vieles wissenden, Neues suchenden", wie er von Brecht charakterisiert wurde. Das Gedicht enthält auch eine Mahnung an uns. Es ist dieselbe Mahnung, die hinter der Ausstellung steht, die wir heute eröffnen und die unter dem Titel "Grenzüberschreitungen" steht.

Gerade heute ist es notwendig, diese Mahnung deutlich zu formulieren, damit sie nicht in Vergessenheit gerät. Walter Benjamin mußte Deutschland verlassen, weil er Jude war und weil er ein Intellektueller war, der politisch links stand. Für ihn wie für viele andere war in unserem Land plötzlich kein Platz mehr. Benjamin fand in Frankreich Asyl, aber die Niederlage Frankreichs zwang ihn wieder zur Flucht. An der spanisch-französischen Grenze war sein Weg zu Ende. Fehlende Ausweise machten die Grenze für Benjamin unüberschreitbar. "Müde der Verfolgung" und "dem Schlächter zuvorkommend", wie Brecht geschrieben hat, nahm er sich in Portbou das Leben.

Die Millionen Opfer des Nationalsozialismus verpflichten uns heute, für die Freiheit, die Mitmenschlichkeit und den Frieden zu kämpfen. Sie verpflichten uns weiter, die Grenzen unseres Landes für diejenigen offenzuhalten, für die in ihrer eigenen Heimat aus politischen Gründen kein Platz mehr ist. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen kennt den Wert der Demokratie, der Weltoffenheit und der Toleranz. Aber jede Generation muß diese Werte neu verstehen lernen. Deshalb ist es in diesen Tagen notwendig, das, was den meisten Älteren selbstverständlich ist, zu wiederholen. Brechts Gedicht ist ebenso wie diese Ausstellung mehr als die Würdigung eines bedeutenden deutschen Literaten, Soziologen und Philosophen. Beide fordern auch dazu auf, die Zukunft frei und menschlich, gerecht und friedlich zu gestalten.

Die aktuelle Situation der Bundesrepublik Deutschland ist nicht vergleichbar mit der Situation der Weimarer Republik. Die Demokratie ist heute in den Köpfen und Herzen einer überwältigenden Mehrheit fest verankert; alle wichtigen gesellschaftlichen Institutionen stehen auf ihrer Seite, ich nenne beispielhaft nur die Gewerkschaften und die Verbände der Arbeitgeber, die großen Parteien und die Medien. Dennoch ist es angesichts der fremdenfeindlichen Gewalttaten der jüngsten Zeit nötig geworden, an das Verantwortungsbewußtsein zu appellieren.

"Aber ist nicht jeder Fleck unserer Städte ein Tatort? Nicht jeder ihrer Passanten ein Täter?" fragt Benjamin in einer kunstsoziologischen Untersuchung zur Photographie. Es geht Benjamin hier um den dokumentarischen Charakter der Photographie, um die Funktion von Fotos als "Beweisstücken im historischen Prozeß". Benjamins Leben, ein Leben in bewegter Zeit, ist gut dokumentiert, ebenso gut wie die Zeit, in der es sich vollzogen hat. Die Beweise liegen vor. Es liegt an uns, sie wahrzunehmen und die notwendigen Schlüsse zu ziehen.

Der documenta-Künstler Dani Karavan hat, wie ich meine, eine würdige Form gefunden, das Leben und das Sterben Walter Benjamins zu ehren. Die Gedenkstätte in Portbou, wie Karavan sie entworfen hat, ist jemandem angemessen, der so bedeutende Untersuchungen zur Kunstsoziologie vorgelegt hat wie Walter Benjamin. Ihrer "Aura", um einen Ausdruck Benjamins zu gebrauchen, wird sich kein Betrachter entziehen können.

(-/5. Januar 1993/rs/ks)
